



Panorama

DDR-Kunstgeschichte: Die Entstehung des Bildes »Frühbürgerliche Revolution in Deutschland« von Werner Tübke in Bad Frankenhausen, das vor 30 Jahren erstmals präsentiert wurde (Teil 1).
 Von Richard Stephan

SEITEN 12/13

GEGRÜNDET 1947 · DONNERSTAG, 12. SEPTEMBER 2019, NR. 212 · 1,80 EURO (DE), 2,00 EURO (AT), 2,50 CHF (CH) · PVST A11002 · ENTGELT BEZAHLT WWW.JUNGEWELT.DE

Ausgedient

Trump beseitigt mit Entlassung des Beraters Bolton ein Hindernis für Verhandlungen mit dem Iran

6

Wacklig

Italien: Kabinett besteht Vertrauensabstimmungen. Premier verspricht soziale Verbesserungen

7

Dominierend

EU feiert steigende Nahrungsmittelexporte. Großkonzerne profitieren, Kleinbauern unter Druck

9

Gekleistert

An diesem Abend in der Deutschen Oper stand die Mauer noch: Castorfs Verdi-Premiere

11



Max Zirngast ist frei

Überraschung in Ankara: Türkisches Gericht befindet Aktivisten und jW-Autoren zusammen mit drei weiteren Angeklagten für unschuldig.
 Von Alp Kayserilioglu und Johanna Bröse, Ankara

Max Zirngast (5. v. l.) mit Eltern, Unterstützern und Freunden sowie der ebenfalls freigesprochenen Hatice Göz (5. v. r.) am Mittwoch in Ankara

Endlich! Gestern, am Jahrestag ihrer Festnahme am 11. September 2018, wurden der jW-Autor und Aktivist Max Zirngast sowie die drei mit ihm Angeklagten Mithatcan Türetken, Hatice Göz und Bülent Teoman Özkan überraschend freigesprochen. Beim zweiten Verfahrenstermin in Ankara waren Anwälte und Unterstützer bis zuletzt davon ausgegangen, dass der Prozess erneut in die Länge gezogen wird. Es war dann aber der Staatsanwalt selbst, der den Freispruch für alle vier Angeklagten verlangte. Es lägen nicht genügend Beweise für den Vorwurf der »Mitgliedschaft in der illegalen Terrororganisation TKP/K« vor. Der Richter schloss sich dem Schlussplädoyer des Staatsanwaltes an, die Sitzung war nach einer knappen Viertelstunde beendet. Damit wird auch die Ausreiseperrre gegen Zirngast aufgehoben. Eine schriftliche Urteilsbegründung erfolgt innerhalb der näch-

sten Wochen. Der Staatsanwalt hat nun sieben Tage Zeit, Widerspruch gegen das Urteil einzulegen, was aber laut dem Anwalt von Zirngast, Murat Yilmaz, »unwahrscheinlich« sei – schließlich habe er selbst den Freispruch gefordert. »Das Urteil kam jetzt zwar überraschend, aber es war von Anfang an absurd, dass der Staatsanwalt das Verfahren überhaupt eröffnet hat«, so Yilmaz gegenüber jW. Zirngast selbst ist sich sicher, dass der Freispruch in direktem Zusammenhang mit den politischen Verhältnissen in der Türkei steht. »Der Freispruch ist kein Zufall. Er ist eine unmittelbare Folge der sich verändernden Kräfteverhältnisse in der Türkei vor allem seit den Lokalwahlen im März und Juni. Bei Fällen wie den unsrigen, die aus Regimeperspektive unwichtig sind und in denen nichts vorliegt, erfolgen mittlerweile Freisprüche. Im Fall der CHP-Vorsitzenden von Istanbul, Canan

Kaftancioglu, und den erneut eingesetzten Zwangsverwaltern in drei kurdischen Großstädten sieht das schon wieder ganz anders aus. Der Kampf um Demokratie geht also weiter«, so Zirngast gegenüber jW. Der heutige Freispruch zeige gleichzeitig auf, dass die türkische Justiz eine »Farce« sei, so der erfahrene Prozessbeobachter und Rechtsanwalt Clemens Lahner, der in Ankara dabei war, gegenüber der österreichischen Tageszeitung *Der Standard*. Der erste Prozesstermin fand schon im April statt – der zweite wurde ohne Angabe von Gründen auf den gestrigen Tag gelegt. »Jetzt, bei identischem Informationsstand, gibt es einen Freispruch. Es ist ein Witz«, so Lahner weiter. Gegenüber jW erklärte Sepp Hartinger, Gründer der »Europäischen Vereinigung der politischen Berater« (EAPC), der ebenfalls vor Ort war: »Ich denke, das war eine politische Entscheidung. Da kamen viele

gute Umstände zusammen. Wir haben mittlerweile eine neutralere Regierung in Österreich, einen neuen Botschafter hier in Ankara, und die Arbeit der Solidaritätskampagne war großartig.« Zirngast wird sich nun laut eigenen Angaben erst um die Erledigung rechtlicher und persönlicher Angelegenheiten in der Türkei kümmern, bevor er nach Österreich reist. »Ich freue mich sehr darüber, dass die Unsicherheit und Unplanbarkeit endlich ein Ende findet. Ich werde nun mein Leben wieder in Eigeninitiative fortführen können.« Er denke gar nicht daran, mit seiner journalistischen und politischen Arbeit aufzuhören – im Gegenteil. Seine erste Videobotschaft, die über den Twitter-Account der Solidaritätskampagne »#FreeMaxZirngast« ging, endet mit der Forderung: »Freiheit für alle politischen Gefangenen!«

■ jungewelt.de/freemaxzirngast

China bestellt BRD-Botschafter ein



Berlin. Als Reaktion auf ein Zusammentreffen von Bundesaußenminister Heiko Maas (SPD) mit dem Hongkonger Separatisten Joshua Wong (Foto) hat die chinesische Regierung den deutschen Botschafter in Beijing einbestellt. Man sei »sehr unzufrieden« damit, dass sich Maas in Berlin mit dem Chef einer für die »Unabhängigkeit« Hongkongs eintretenden Gruppe getroffen habe, erklärte die Sprecherin des chinesischen Außenministeriums, Hua Chunying, am Mittwoch in Beijing. Es sei »extrem falsch«, wenn »bestimmte Medien und Politiker« politische Shows mit antichinesischen Separatisten veranstalteten. »Dies stellt eine Respektlosigkeit gegenüber Chinas Souveränität und eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Volksrepublik dar«, so Hua. (dpa/Xinhua/jW)

Tarifvertrag für Piloten von Ryanair in Deutschland

Frankfurt. Nach mehreren Streiks und langwierigen Verhandlungen erhalten die in Deutschland stationierten Piloten des Billigfliegers Ryanair erstmals einen Gehaltstarifvertrag. Das teilte die Pilotengewerkschaft Vereinigung Cockpit (VC) am Mittwoch in Frankfurt mit. Vorgesehen seien höhere Fixgehälter und ab dem kommenden Jahr auch erhöhte Nettoeinkommen, weil dann die rund 450 Beschäftigten unter deutschem Recht Einkommenssteuer zahlen können. Bislang wurde die Steuer mit höheren Sätzen in Irland eingezogen, wo sich der Sitz des Unternehmens befindet. Um deutsches Recht anwenden zu können, überträgt Ryanair die in Deutschland stationierten Flugzeuge auf das Tochterunternehmen »Malta Air«. Das maltesische Steuerrecht erlaubt Einkommenssteuerzahlungen im EU-Ausland. VC hatte ursprünglich gefordert, einen eigenständigen Flugbetrieb in Deutschland zu gründen. (dpa/jW)

Börse Hongkongs will LSE kaufen

London Stock Exchange spricht von einer »nicht erbetenen« Offerte

Ob das ein günstiger Zeitpunkt war? Mitten im vom Westen protegierten Kampf gegen die VR China um die Zukunft Hongkongs hat der dortige Börsenbetreiber ein Übernahmeangebot für die London Stock Exchange (LSE) abgegeben. Die Hongkong Exchange and Clearing Limited (Hkex) bietet 31,6 Milliarden Pfund (knapp 35,5 Milliarden Euro) für den Londoner Konkurrenten, wie das Unternehmen am Mittwoch mitteilte. Sie will beide Börsen vereinen, 29,6 Milliarden Pfund zahlen sowie zwei Mil-

liarden Pfund Schulden übernehmen. Diese Offerte sei »nicht erbeten«, monierten die Londoner. Die LSE werde sie aber prüfen. Die Briten sind derzeit mit der Übernahme des US-Finanzdatendienstleisters Refinitiv beschäftigt, einem Deal von umgerechnet 24,5 Milliarden Euro. Die Kartellbehörden prüfen das Vorhaben und auch die LSE-Aktionäre müssen noch zustimmen. Mit Refinitiv will die LSE der New Yorker Finanznachrichtenagentur Bloomberg Konkurrenz machen. Die Hkex ging in ihrem Angebot für die LSE auf dieses Geschäft nicht ein

und betonte statt dessen, sie habe mit dem Kauf der London Metal Exchange im Jahr 2012 die Wettbewerbsfähigkeit des Finanzplatzes London gestärkt. Mit der Fusion der beiden Handelsplätze entstünde eine »weltweite Präsenz (...), die die etablierten Märkte des Westens und die sich entwickelnden Finanzmärkte des Ostens, insbesondere Chinas, verbindet.« Die Nachrichtenagentur AFP zitierte am Mittwoch einen begeisterten »Analysten«: Die Chancen einer solchen Fusion seien »riesig«, da sich beide Handelsplätze ergänzten. Die Hürden

seien aber groß, vor allem mit Blick auf die »politische Frage« der historischen Beziehung zwischen Großbritannien und Hongkong. Andere Experten halten eher den Standort Singapur für geeignet, falls in London nach dem Brexit die Lichter ausgehen sollten – wovon kaum auszugehen ist. Zuvor hatte auch die Deutsche Börse zweimal versucht, sich bei den Londonern einzukaufen. Die EU-Kommission untersagte den letzten Versuch 2017, während ein erster Anlauf 2005 von britischen Hedgefonds torpediert worden war. (AFP/jW)

jW wird herausgegeben von 2.208 Genossinnen und Genossen (Stand 29.7.2019)
 ■ www.jungewelt.de/lpg

